

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
14 / 2007

Soziale Sicherheit und Frieden

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9
V&R unipress

V&R  unipress

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial:	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat	19
<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann	43
<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus	65
Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i>	89
<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf	103
Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie«* 143

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

*Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur, am 25. Oktober 2006* 153

Dieter Senghaas, Bremen
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück* 157

Roland Czada, Osnabrück
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung
im deutschen Wohlfahrtsstaat* 169

Hamideh Mohagheghi, Hannover:
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime
in Deutschland so schwierig?* 185

Alrun Niehage, Osnabrück
»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität 193

Rainer Werning, Köln
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel.* 209

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 224
Abbildungsnachweis 230

Alrun Niehage, Osnabrück

»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität

Das Ziel der ›nachhaltigen Entwicklung‹ wurde 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro als Leitbild für das 21. Jahrhundert proklamiert. Unter dem Begriff wird zukunftsfähige, dauerhaft umweltverträgliche oder tragfähige Entwicklung verstanden. Diesem Leitbild entsprechend soll das Handeln in diesem Jahrhundert so organisiert werden, dass weder auf Kosten der Natur, anderer Menschen, anderer Regionen noch anderer Generationen gelebt wird.¹ Die Übertragung dieser Idee und des Begriffes auf die Familienpolitik ist neu. Mit dem im Herbst 2002 vorgenommenen Führungswechsel im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde ein neuer Kurs in der Familienpolitik eingeleitet, der als Wechsel zur nachhaltigen Familienpolitik gilt.

Im Weiteren wird zunächst beschrieben, welches Ziel mit nachhaltiger Familienpolitik verfolgt wird. Anschließend werden Handlungsfelder und noch fehlende Aktionsfelder dieses Politikbereichs skizziert. Abschließend wird der Frage nachgegangen, welchen Beitrag nachhaltige Familienpolitik zur sozialen Sicherheit leistet.

I. Zielsetzung nachhaltiger Familienpolitik — Fünf Jahrzehnte lang war die Familienpolitik christdemokratisch und sozialdemokratisch geführter Regierungen geprägt durch die Devise: der Staat muss den Familien für ihre Betreuung, Erziehung und Ausbildung der Kinder *Geld geben*, um die entstehenden finanziellen Nachteile auszugleichen. Viel Geld wurde auf diese Weise in guter Absicht ausgegeben, ohne besondere politische Wertschätzung. Während die eine Fraktion der politischen Akteure sich um die ›heile Familie‹ sorgte, aber wenig um neue Realitäten kümmerte, sah die andere Fraktion in der Familie vorrangig einen Ort, wo Menschen, Frauen und Kinder an ihrer ›Emanzipation‹ gehindert wurden.²

Das neue Familienpolitik-Konzept trat 2002 mit fünf Indikatoren für Nachhaltigkeit an, an dem es sich messen lassen wollte: Geburtenrate, Vereinbarkeit, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz.

»Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik ist es, jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren«. ³

Für die Gesellschaft ermöglicht nachhaltige Familienpolitik demografische Bestandssicherung, aber nicht um ihrer selbst willen. Ziel ist es, die reale Kinderzahl (1,37 Kinder je Frau) ⁴ den Kinderwünschen von Familien (1,75 Kinder je Frau) anzunähern. Erziehung und Bildung im Elternhaus tragen zum Aufbau von Humanvermögen und damit zu ökonomischem Wachstum, zu sozialer Sicherung und Wohlstand bei. Diese Familienpolitik schließt auch generationenübergreifende Lebenspläne in den Familien bei gleichzeitiger Sicherung der Ressourcen »Bindung und Fürsorge« mit ein. Die »Verantwortungsgemeinschaft Familie« soll aktive Mitte der Gesellschaft sein, die verlässlicher als andere Institutionen Lebensqualität und Zusammenhalt sichert. ⁵

Nachhaltige Familienpolitik unterscheidet sich in ihrer Grundkonzeption dadurch von bisherigen familienpolitischen Strategien, dass eine Erhöhung der Geburtenrate ebenso gewollt ist wie die verstärkte Beteiligung von Müttern am Erwerbsleben und somit ihre finanzielle Absicherung.

Im europäischen Vergleich fällt auf, dass gut qualifizierte Frauen in Deutschland bis heute überdurchschnittlich häufig kinderlos bleiben. Andererseits wird ab 2010 der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung merklich zurückgehen. Dem Rückgang des zukünftigen Arbeitskräftepotenzials steht die Zunahme der nicht mehr Erwerbstätigen gegenüber. So werden die Erhöhung der Geburtenrate und der Frauenerwerbstätigenquote dazu beitragen, der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken.

»Um die »Nachfrage nach Kindern« und damit die Fertilitätsrate zu erhöhen, müssen die Opportunitätskosten von Kindern verringert werden. Der Leitgedanke einer nachhaltigen Familienpolitik besteht darin, den Einkommensverlust in der Familiengründungsphase abzumildern«. ⁶

Neben den genannten ökonomischen Argumenten stehen auch familiensoziologische Argumente für einen Wechsel in der Familienpolitik. Die Rahmenbedingungen familiären Lebens sollen so gestaltet werden, dass zukünftigen Generationen die gleichen Chancen zur Gestaltung eigener Lebensvorstellungen und Ziele ermöglicht wird, wie das für die jetzt aktive Generation der Fall ist. International wie auch in Deutschland besteht

jedoch ein Grundwiderspruch zwischen der Weiterentwicklung des eigenen Humanvermögens und der Bereitschaft zur eigenen Elternschaft bzw. dazu, in das Humanvermögen eigener Kinder zu investieren. Je mehr also in die eigene Bildung investiert wird, umso unwahrscheinlicher ist die Entscheidung für Kinder, insbesondere für mehrere. Entscheidungen für Kinder als Teil der eigenen Zukunftsplanung hängen auch entscheidend davon ab, ob man sein Leben mit einem Partner gestalten kann. Kinderlosigkeit ist also auch Ergebnis von Partnerlosigkeit und Unsicherheit der Partnerschaft. Lange Bildungsphasen mit langer ökonomischer Abhängigkeit von den Eltern und spätes ökonomisches Erwachsenwerden mit dem Berufseintritt reduzieren gleichfalls die Chance auf Zeit für eine Familiengründung im ersten Drittel des Lebens.⁷

a.) *Leitziele* – Familienpolitische Maßnahmen können zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur dann eine nachhaltige Wirkung erzielen, wenn sie die Kernprobleme des globalen Wandels im sozialen Zusammenleben angemessen berücksichtigen. Auch den tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturveränderungen und der real existierenden Vielfalt der Lebensentwürfe ist adäquat zu begegnen. Demzufolge muss es bei familienpolitischen Programmen schwerpunktmäßig um die Umsetzung folgender Leitziele gehen: *Sicherung von wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung sowie Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit.*⁸

Zukunftsorientierte Familienpolitik sollte sich als gesellschaftliche Ordnungspolitik und Querschnittspolitik verstehen. Sie muss Teil einer integrativen Wirtschafts- und Sozialpolitik sein, die eine Unterordnung von sozial- und damit auch familienpolitischen Zielen unter das Primat der Ökonomie nicht zulässt.⁹ *Max Wingen*, Familienwissenschaftler und langjähriger familienpolitischer Berater, hat das auf folgende Formel gebracht:

»Es gilt solche wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Bedingungen und sozialordnungspolitischen Voraussetzungen zu schaffen und dauernd zu sichern, dass der Einzelne, der sich nach seinem individuellen Lebensentwurf für die sinnstiftende Lebensoption ›Elternverantwortung übernehmen‹ [...] entscheidet, dies auch als vernünftig erleben kann.«¹⁰

Wingen konstatierte 2003, dass diese Herausforderung an ein familienorientiertes Konzept der Sozialen Marktwirtschaft immer noch mehr Wunsch als Wirklichkeit sei, solange es hochgradig wirksame Anreize zum Verzicht auf Kinder enthalte.¹¹

Zur Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit konnte auf das Handlungskonzept des *Gender-Mainstreaming* der Europäischen Union als wichtiges Instrument der Geschlechterpolitik und damit aber auch zur Ausgestaltung einer familienfreundlichen Gesellschaft zurückgegriffen werden, das auch Ziel nationaler zukunftsfähiger Familienpolitik sein muss. Chancengleichheit beider Geschlechter herzustellen, bedeutet demnach, wirtschaftliche und politische Beteiligungschancen von Frauen und Männern gerecht zu verteilen und damit die Herausbildung geschlechtsdemokratischer Identitäten in allen gesellschaftlichen Teilbereichen voranzubringen.¹²

In ihrer Antrittsrede im Dezember 2005 bezeichnet die Bundesfamilienministerin *Ursula von der Leyen* ihr neues Handlungsfeld Familienpolitik als einen Bereich, in dem Weichen gestellt werden und mit darüber entschieden wird, wie in einer Gesellschaft Bildung, Wirtschaft, Wachstum und Wohlfahrt beschaffen sein werden.¹³

b.) Trägerstruktur und institutionelle Besonderheiten der Familienpolitik – Nachhaltige Familienpolitik braucht eine angemessene Trägerstruktur. Neben den öffentlichen Trägern, den Kommunen, den (Bundes-)Ländern, dem Bund und der EU-Ebene, stehen die nicht-öffentlichen. Die kommunalen Gebietskörperschaften – kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden, aber auch die Landkreise und Gemeindeverbände – nehmen als örtliches Umfeld von Familien in deren Alltag eine Schlüsselstellung ein. Familienfreundliches öffentliches Bewusstsein zu schaffen, muss auf örtlicher Ebene angestrebt werden.

Ziel des Tätigwerdens des Bundes ist die Gewährleistung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Dazu zählen die Gestaltung des Familienrechtes, familienpolitikrelevante Aspekte des Arbeitsrechtes, der Beschäftigungspolitik, des Steuerrechtes sowie die Gestaltung der für die Lebenslage von Familien wichtigen Rahmenbedingungen, die die wirtschaftliche und einkommenspolitische Dimension der Situation von Familien betreffen. Zu den Aufgaben des Bundes und der Länder zählt auch, nicht-staatlichen Gesellschaftsträgern Anregungen für familienbezogene Maßnahmen zu geben. Die materielle und/oder immaterielle Förderung dessen, was diese Träger aufgrund staatlicher Anregung oder aus eigener Initiative leisten, ist Bundes- und Länderangelegenheit.

Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Familienverbände, Unternehmen und Sozialpartner sind als nicht-öffentliche Träger Teil des mehrgliedrigen Gesamtsystems Familienpolitik in unserem »Steuerungsstaat«. Als weiteres Element bürgernaher Familienpolitik sei noch auf das wachsende bürgerschaftliche Engagement an der Nahtstelle zwischen freien Trägern familienbezogener Hilfen und den Familien selbst hingewiesen. Solche Basis-

initiativen, wie beispielsweise Selbsthilfegruppen von Familien mit kleineren Kindern, sind in einem erweiterten Politikverständnis in der ›Bürgergesellschaft‹ Ausdruck eines gewollten ›Politischen Handelns‹. Sie entlasten den Staat durch eigene Leistungen und Selbsthilfebemühungen und spielen eine zentrale Rolle beim Zusammenhalt der Gesellschaft.¹⁴

Diese Mehrgliedrigkeit in der Familienpolitik wirft immer wieder Probleme der Koordinierung und inhaltlichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Trägern und Ebenen im Blick auf die realen Lebensverhältnisse auf. Sie bietet jedoch als institutionelle Besonderheit Chancen, die es zu nutzen gilt.

Anders als die Jugend- und Kinderpolitik basiert Bundesfamilienpolitik nicht auf einem Familienfördergesetz. Die örtliche Familienpolitik hängt von den örtlichen politischen Zielsetzungen ab. Die schwache Verfassung der Familienpolitik hat nicht nur einen Gestaltungstau bewirkt, sondern bei politischem Gestaltungswillen auch einen Freiraum für zeitgemäße Problemlösungen entstehen lassen. Partnerschaftliche Allianzen und Bündnisse zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren spielen eine wachsende Rolle. Die Partnerschaften passen zum Konzept des aktivierenden Sozialstaats. Hier wird auf die eigenständige Regelungskompetenz nichtstaatlicher Akteure gesetzt, die in Partnerschaft mit der staatlichen Politik agieren.¹⁵

II. Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik in den vergangenen fünf Jahren — Zu Beginn der Neuorientierung der Familienpolitik 2002 war nüchtern zu bilanzieren: eine niedrige Geburtenrate und geringe Quote an Mehrkinderfamilien ging einher mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit und einem niedrigen Bildungsniveau, das u.a. Ursache für das gewachsene Armutsrisiko war.¹⁶ Andererseits ist die Familie seit Jahren weiterhin die beliebteste Lebensform. Die 14. wie auch die 15. *Shell-Jugendstudie* belegen erneut, dass bei den 13- bis 22-Jährigen die eigene Familie (neben Freunden) oberste Priorität hat. Wie aus den verschiedenen Studien bekannt ist, gilt die Familie als zuverlässigstes soziales Netz materiellen und immateriellen Rückhalts.¹⁷

Der Bundesfamilienministerin *Renate Schmidt* gelang in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsexperten, die betriebswirtschaftlichen Vorteile für familienfreundliche Unternehmen und den volkswirtschaftlichen Nutzen des Ausbaus von Kinderbetreuung systematisch aufzuzeigen.¹⁸ Die im Jahr 2004 fortgeschriebene Expertise des DIW stellte die Kinderbetreuung als Standortfaktor heraus, der auf kommunaler Ebene die Wirtschaftskraft der Gemeinden bzw. Gebietskörperschaften erhöhen kann. Parallel dazu wurden gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag ›typische‹ mittelständische Unternehmen ausgesucht, die ihre familien-

freundlichen Maßnahmen in ihrer Renditewirkung prüfen ließen. Die Allianz des Familienministeriums mit der Wirtschaft brachte ein großes Repertoire familienfreundlicher Maßnahmen hervor. Führende Vertreter der Wirtschaft erklärten sich 2003 zu einem Monitoring zur Familienfreundlichkeit mit dem Familienministerium bereit und signalisierten damit nicht nur inhaltliches Interesse. Sie zeigten damit auch Vertrauen in einen Partner, der sie nicht mit zusätzlichen gesetzlichen Auflagen konfrontierte, sondern ihnen strategische Kooperation auf der Grundlage ökonomischer Argumente anbot.¹⁹ Wirtschaftssachverständige haben damit den hohen Stellenwert von Familienfreundlichkeit für die Pflege der Humanressourcen und damit nachhaltige Familienpolitik als Wachstumspfad entdeckt. Auf diese Weise wurde Familie bewusst aus der politischen Randständigkeit herausgeführt. Unter Nutzung des gestalterischen Freiraums, den die Familienpolitik bietet, pflegt sie seither eine strategische Partnerschaft mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, Kirchen und der Wohlfahrtspflege zwecks gemeinsamer familienfreundlicher Aktivitäten, die mit der »Allianz für die Familie«²⁰, und den »Lokalen Bündnissen für Familie«²¹ begannen.

Familienministerin Ursula von der Leyen führt seit 2006 diese Strategie weiter. Sie legte das »Bündnis für Erziehung«²² sowie das Aktionsprogramm der »Mehrgenerationenhäuser« auf, die den Fokus auf Stärkung des Zusammenhalts der Generationen außerhalb der Familien und auf Netzbildung und Integration lokaler Wirtschaft z.B. durch Dienstleistungsangebote richten.²³ Ferner wurde 2007 ein Unternehmensnetzwerk »Erfolgsfaktor Familie« ins Leben gerufen, um Unternehmen praxisnah bei einer familienbewussten Personalpolitik zu unterstützen und Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.²⁴ Ob nachhaltige und umfassende Familienorientierung dauerhaft ein Ziel unternehmerischen Handelns sein wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Entscheidend wird u.a. sein, ob es durch den Erfolgsdruck unter den beteiligten Akteuren um die familienfreundlichsten Unternehmen oder Kommunen gelingt, sie zu verlässlichen und dauerhaften Partnerschaften zu bewegen.

a.) Mix aus Infrastrukturmaßnahmen, Geldtransfers und Zeitpolitik — Das Gesetz zum Ausbau der Kinderbetreuung wurde als erstes wichtiges familienpolitisches Gesetz 2004 verabschiedet. Das Tagesbetreuungsgesetz (TAG) sieht einen bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Ausbau vor.²⁵ Mit der Schaffung zusätzlicher quantitativ ausreichender und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsplätze insbesondere für Kinder unter 3 Jahren folgt Deutschland einer Forderung des Europäischen Rats aus dem Jahr 2002, wonach die Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2010 das Versorgungsangebot für Krippenkinder auf 33% anheben sollen.²⁶

Kinderbetreuungsangebote gelten als wichtigstes Instrument zur Förderung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit. Wegen des Vorherrschens traditioneller Arbeitsteilung in Familien, ermöglicht diese Infrastruktur vor allem Müttern, erwerbstätig zu werden. Empirische Studien belegen, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit von Müttern und dem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen gibt.²⁷

Die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen erscheint vor dem erst beginnenden demografischen Wandel und der Globalisierung notwendig, um international wettbewerbsfähig zu bleiben sowie für die langfristige Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Der Ausbau der Angebote unterschiedlicher Formen frühkindlicher Betreuung und Bildung außerhalb der Familie, die flexibel und verlässlich sind, entspricht auch den Wünschen junger Menschen heute. Insbesondere Frauen verfügen über eine gute berufliche Qualifikation, möchten diese erwerbsmäßig nutzen können und trotzdem Mutter werden, denn sie sehen ihre Erfüllung in Familie *und* Beruf. Dieses gilt immer häufiger auch für Männer, die eine aktive Vaterrolle leben möchten.²⁸

Bislang nehmen nur ca. 5% der Väter die Möglichkeit einer Freistellung von ihrer Berufstätigkeit während einer ›Elternzeit‹ in Anspruch. Wie Untersuchungen zeigen, haben familienorientierte Männer mit massiven Hindernissen und Vorurteilen zu kämpfen. Besonders die in den Unternehmen vorherrschende ›Anwesenheitskultur‹, die Leistungsbereitschaft und Engagement mit physischer Präsenz am Arbeitsplatz gleichsetzt, wird beklagt.²⁹ Solange also Familie und Erwerbsarbeit von jungen Paaren als unvereinbar wahrgenommen werden, verzichten sie immer häufiger auf die Realisierung ihres Kinderwunsches.

Der Ausbau der Kinderbetreuung soll darüber hinaus bildungspolitische Wirkung zeigen. In Deutschland ist aufgrund unbefriedigender Ergebnisse im internationalen Bildungsvergleich das Thema Frühkindliche Bildung in den Fokus auch der familienpolitischen Aufmerksamkeit gerückt. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ist für die Bildungschancen von Kindern bereits der Lebensabschnitt vor dem Schuleintritt entscheidend. Von früher Förderung bzw. dem Besuch guter Kindertageseinrichtungen profitieren sie für ihre Bildungsbiografie, weil eine wesentliche Vorprägung schon hier stattfindet.³⁰ Während viele Eltern ihre Kinder bisher unter 3 Jahren selbst fördern wollten oder mussten, haben Kinder aus sozial benachteiligten Familien bisher geringere Bildungs- und Zukunftschancen, weil unser Bildungssystem stark selektiv ist. Investitionen in vorschulische Bildung und Betreuung bringen somit gesamtgesellschaftlich eine gute Rendite.

Auf die unzeitgemäße Trennung von Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung in unterschiedliche Sphären weist auch ein aktuelles Gutachten zur Ganztagschule hin. Vormittags Bildung in der Schule, Mittagessen zu Hause und am Nachmittag Erziehung, Betreuung und Bildung durch Eltern, das erscheint nicht zukunftsfähig. Stattdessen brauchen Kinder den ganzen Tag Bildungsphasen. Es gilt, im Interesse aller Kinder für ein kluges Abwechseln von Arbeit und Entspannung, von kognitiven Anforderungen und sozialen Erfahrungen, für ein gemeinsames Essen, Sportangebot etc. und das Einüben von selbständigem Arbeiten in der Schule einzutreten.³¹

Ein neues Instrument nachhaltiger Familienpolitik ist das einkommensorientierte *Elterngeld*, das seit dem 1. Januar 2007 das bisherige *Erziehungsgeld* ablöst. 67% seines letzten Nettoeinkommens – bis zu 1.800 Euro monatlich – erhält der auf die Erwerbstätigkeit verzichtende Elternteil für ein Jahr. Wer persönliche Verantwortung für Kinder übernimmt, muss deswegen nicht auf eigene ökonomische Selbständigkeit verzichten, so die Intention. Elternpaare erhalten 14 Monate Elterngeld, wenn sich der Vater zwei Monate an der Betreuung des Neugeborenen beteiligt.

Steuerliche Förderung erfahren Eltern, die ihre Kinder erwerbsbedingt im eigenen Haushalt durch andere betreuen lassen. Als haushaltsnahe Dienstleistung ist diese Tätigkeit unter bestimmten Bedingungen steuerlich anzuerkennen und damit auf die Steuerschuld anrechenbar.

Familien und Familienmitglieder brauchen *Zeit*. Sie brauchen im Alltag Zeit zur Versorgung der Familie, insbesondere in der aktiven Lebensphase, in der zudem Höchstleistungen in der Bildung und im beruflichen Engagement erwartet werden. Zeit brauchen auch der Aufbau und die Erhaltung privater Beziehungen, die Erziehung der Kinder, die Unterstützung der Eltern und das bürgerschaftliche Engagement. Im Zeitmanagement kommt es heute zu einem Ungleichgewicht zwischen vorgegebenen Zeitstrukturen im Beruf und Zeitvorgaben von Kindertageseinrichtungen und Schule, sowie der Zeit für Familie und Fürsorge für andere.³²

Weitestgehend ohne Beachtung der Konsequenzen für das Familienleben sind beispielsweise die Debatte um die Lebensarbeitszeitverlängerung wie auch diejenige um die Ladenschlusszeiten geführt worden. So ist die wöchentliche Erwerbsarbeitszeit von Eltern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angewachsen. In den 60er Jahren war das *one-earner model* (ein Alleinverdiener in einer Familie) mit 48 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche am häufigsten vertreten. Heute überwiegt das *individual adult-worker model* (Männer und Frauen sind potenzielle Erwerbstätige) mit zusammen durchschnittlich 70 Stunden pro Woche im Beruf. Die Folgen für das Familienleben sind bislang relativ unbeachtet geblieben. Nur eine neue Balance zwischen den verschiedenen Erfordernissen dieser Lebensbereiche, durch entsprechende Neuorganisation von Erbeitszeit und priva-

ter Zeit zu erreichen, erhält der Familie ihre Leistungsfähigkeit. In Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften wie der unsrigen brauchen Familien zur Humanvermögensbildung und für ihre Fürsorge für andere, insbesondere die ältere Generation, also für ihr privates und sehr persönliches Handeln, *Zeit*. Die Dominanz der Erwerbsarbeitszeitstrukturen muss deshalb familienpolitisch abgebaut werden.³³

Die Sachverständigenkommission des 7. *Familienberichts* hat 2005 zur besseren Zeitorganisation Vorschläge unterbreitet. Die enorm verdichtete »*rush hour* des Lebens« braucht eine Familienpolitik, die die Erwerbsarbeit beider Elternteile durch Möglichkeiten reduzierter Vollerwerbstätigkeit besser organisieren hilft und Koordinationsspielräume für Familien vorsieht.³⁴

b.) *Weitere, notwendige Aktionsfelder nachhaltiger Familienpolitik* – Während die vorgenannten Maßnahmen bereits zur Förderung von Familien umgesetzt werden, gelten Armutsprävention und Armutsbekämpfung bislang noch nicht als Aktionsfeld.

Familienpolitik wird für den Einzelnen am konkretesten erfahrbar auf der Ebene seines unmittelbaren Handlungsumfeldes. In den Städten, Gemeinden und Wohnquartieren zeigen sich für Familien Probleme und Beschränkungen ebenso wie positive Erfahrungen. Die Nachteile der Globalisierung werden im lokalen Lebensraum deutlich. In den kommunalen Sozialräumen fand zwar ein Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowie von Ganztagschulen statt, zahlreiche Beratungs- und Bildungsangebote wie z.B. Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen wurden hingegen abgebaut. Diese haushalts- und familienbezogenen und finanzwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungsangebote sind jedoch in Zeiten belasteter und gefährdeter privater Lebensführung unerlässlich, um Selbsthilfe praktizieren zu können. Für diese unbefriedigende sozialkulturelle Infrastruktursituation sind nicht allein die leeren Kassen der Kommunen verantwortlich. Notwendig ist eine schlüssige Gesamtstrategie zur Entwicklung sozialkultureller Infrastruktur.

Wie zuletzt im zweiten *Armuts- und Reichtumsbericht 2005*³⁵ nüchtern bilanziert werden musste, gibt es bisher in Deutschland keine über die Gebietskörperschaften vernetzte Strategie zur Organisation der Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Diese ist jedoch erforderlich, um den Umbau des Sozialsystems zu flankieren. Angesichts wachsender sozialer Desintegration von Haushalten und Familien insbesondere in großen und mittleren Städten erscheint es notwendig, integrative soziale Strategien in belasteten Milieus mit verstärktem politischem Gewicht zu versehen. In besorgniserregendem Maß entwickeln sich auch in deutschen Städten vernachlässigte Quartiere und Stadtteile zu typischen Wohnorten einer

Bevölkerung der sozialen Unterschichten. Es ist gesellschaftspolitisch riskant, einem andauernden sozialräumlichen Verfall der städtischen Zivilgesellschaft zuzusehen und Bevölkerungsteile in prekärer Lebenslage mehr und mehr sich selbst zu überlassen.³⁶

Viele Familien und Haushalte in diesen Lebenslagen bewältigen ihren Alltag, nehmen ihre Erziehungsfunktion wahr und managen ihr Leben, wenn sie dabei Unterstützung durch eine tragende soziokulturelle Infrastruktur erfahren und auf diese wichtigen Ressourcen sozialer, kultureller, ökonomischer Art zurückgreifen können. Zunehmend mehr privaten Haushalten sind ihre Selbstorganisationskräfte im marktwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess der letzten Jahre abhanden gekommen. Nicht mehr realisierbare Zukunftserwartungen, höhere Vorsorgeverantwortung, ständig geforderte Bildungsanstrengungen sowie berufliche Flexibilität und größere Eigenverantwortung in der Alltagsbewältigung und Lebensplanung überfordern die Menschen immer häufiger; sie benötigen eine nachhaltige Stärkung ihrer Selbstorganisationsfähigkeiten. Eine Weiterentwicklung der Erkenntnisse aus dem Bund-Länder-Programm »Die soziale Stadt« in Richtung eines familiengerechten Förderprogramms wurde bereits 2003 zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung empfohlen.³⁷ Es braucht einen generationenübergreifender Politikansatz, der einen Ausbau der örtlichen Infrastruktur für Familien vorsieht, um die kommunalen Lebensbedingungen verschiedener sozialer Gruppen nicht weiter zu spalten und einer Ausgliederung oder Segregation von Wohnquartieren entgegenzuwirken.³⁸

Vor allem die Familienhaushalte in armen und prekären Lebenslagen mit komplexen Belastungssituationen erfahren unzureichende Förderung. Es fehlt an Maßnahmen einer koordinierenden Hilfeplanung, die versorgende, sozialpädagogische und erzieherische Hilfen miteinander verknüpft. Überdies sollten vorhandene Ressourcen in dringend erforderliche, passgerechte und alltagsunterstützende Dienste eingebunden werden, im Sinne von »Hilfe zur Selbsthilfe«.³⁹

Als armutsgefährdet gelten insbesondere Personen ohne Erwerbseinkommen. Als wirkungsvolle Armutsvermeidung gilt deshalb die Erwerbsbeteiligung aller Erwachsenen. So gilt die traditionelle deutsche Familienpolitik als nicht erfolgreich im Hinblick auf Vermeidung von Armutsrisiken. Nicht die Höhe der Transferleistungen, sondern die Müttererwerbsrate gilt als eine wesentliche Stellschraube zur Verbesserung der ökonomischen Situation von Familien.⁴⁰

Armutsprävention muss die unterschiedlichen Typen von Armen, denen es nicht nur an Einkommen mangelt, differenziert betrachten, wie Armutsstudien zeigen.⁴¹ Neben den »verwalteten Armen«, die seit Generationen von Sozialhilfe oder anderen Transferzahlungen des Staates leben und ca.

5% der Gesamtbevölkerung oder ein Drittel der Armen ausmachen, gibt es die Gruppe der »erschöpften Einzelkämpferinnen«. Das sind Mütter, die nach der Trennung finanziell in Not geraten, z.B. weil der Ex-Mann keinen Unterhalt zahlt. Diese Frauen besitzen Ressourcen, die sie einzusetzen verstehen. Viele können mit Geld umgehen, arbeiten – soweit möglich – in Teilzeit und versorgen ihre Kinder unter enormem Zeitdruck. Anders sieht es bei den »vernetzten Aktiven« aus. Sie können auf ein breites Netzwerk von sozialen Kontakten in der Verwandtschaft bzw. dem Umfeld zurückgreifen. Sie sind vergleichsweise genügsam, wofür sie im Kontakt mit dem Sozialamt aber nicht belohnt werden. Armutsprävention sollte für diesen Typus von Armen in sozialpsychologischen Hilfen in Kombination mit Schuldnerberatung zur Ordnung der finanziellen Verhältnisse liegen. Ein Konzept differenzierter Ansätze zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung ist hier notwendig.⁴²

Das Bundesfamilienministerium, das während früherer Legislaturperioden Strategien der Armutsprävention und Armutsbekämpfung als festen Bestandteil seiner Ressortpolitik verfolgte, scheint zukünftig diese Funktion nicht mehr in bisheriger Form wahrnehmen zu wollen. Sowohl die Beteiligung an der Gesetzgebung für dieses gesellschaftspolitisch komplexe Aufgabenfeld steht damit zur Disposition, als auch die politische und fachliche Moderation gesellschaftlicher Prozesse. Der Rückzug aus der Moderation einer sozial aktivierenden Familien- und Gesellschaftspolitik in schwierigen Lebensverhältnissen ist sehr bedauerlich, weil er just zu der Zeit erfolgt, da das neoliberale Leitbild für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sich auf »Gesetze des Marktes« beruft. Diese Rückführung der Staatstätigkeit geht jedoch einher mit gravierenden Veränderungen in den Rahmenbedingungen der Lebensverhältnisse, die nur durch eine aktive soziale Moderation des Staates zu bewältigen sind. Aktivierende Politik gegen Armut mit föderal abgestimmten Handlungskonzepten der Armutsprävention und -bekämpfung ist angesagt.⁴³

Um ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Familienmitglieder sowie der Pflege und Erziehung der nachwachsenden Generation nachzukommen, brauchen Familien *Kompetenz*. Im Zusammenwirken mit anderen Sozialisierungsträgern in der Gesellschaft ist und bleibt die Familie die erste und zentrale Sozialisationsinstanz. Lebenserhaltung, Persönlichkeitsentfaltung und die Gestaltung eines familienförderlichen Zusammenlebens sind Ziele vernünftigen familialen und haushaltsbezogenen Handelns.⁴⁴ Von elementarer Bedeutung ist, die nachwachsende Generation zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen. Die Leistungen der Familien in ihrer persönlichkeitsprägenden und gesellschaftsbildenden Wirkung sowie in ihrer lebensgestaltenden und lebenserhaltenden Funktion werden weitestgehend im Verborgenen erbracht. Ein

Mangel an Wertschätzung ist die Folge. Andererseits werden Leistungsdefizite erst spät erkannt. Tradierte Leitbilder und Orientierungen zur Alltagsbewältigung werden heute kaum noch an die nächste Generation weitergegeben und werden lebensbegleitend in Kindergarten, Schule und Ausbildung nicht hinreichend vermittelt. Familien- und haushaltsbezogene Bildung ist im allgemein bildenden Schulwesen in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich abgebaut worden.⁴⁵

Daseinskompetenzen umfassen die Organisation und das Management des Alltags, gesunde Lebensweise, vernünftige Nutzung und Erhaltung finanzieller Ressourcen, Erziehungskompetenz, Aufbau und Erhaltung von Beziehungen innerhalb der Familie und nach außen, Umgang mit Konflikten, Entscheidungskompetenz u.v.m. Der Vorbereitung auf das spätere Berufsleben wird durch eine qualifizierte berufliche Bildung gesellschaftlich hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Paradoxerweise bleiben Alltagsthemen hingegen unbeachtet. Geschlechtersensible haushaltsbezogene Bildung, die altersgerecht lebensbegleitend stattfindet und auf die in Institutionen der Familienbildung im Lebensumfeld aufgebaut werden kann, ist unabdingbar notwendig zur Stärkung der Lebensbewältigungsstrategien der Familien. Familien- und Bildungspolitik müssen zu diesem Zweck eine strategische Allianz bilden.⁴⁶

III. Der Beitrag nachhaltiger Familienpolitik zur sozialen Sicherheit — Gemäß Art. 20 und 28 des Grundgesetzes ist das Staats- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik der Sozialstaatlichkeit und damit einer aktiven Sozialpolitik verpflichtet. Somit werden Staat und Gesellschaft auf ein im Einzelnen schwer zu bestimmendes Maß an sozialer Gleichheit bzw. auf die Begrenzung sozialer Ungleichheit festgelegt. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit sowie das Prinzip der sozialen Sicherheit gelten als wesentliche Legitimationsgrundlage und historische Wurzeln des Sozialstaats. Der Sozialstaat und die ihn realisierende Sozialpolitik haben nun die Aufgabe, für sozialen Ausgleich in dem Maße zu sorgen, dass sich aus der ungleichen Verteilung von Ressourcen keine sozialen Konflikte und rechtliche und soziale Ausgrenzungen von bestimmten Gesellschaftsgruppen entwickeln. Primärer Zweck der realisierten Sozialpolitik ist es, soziale Sicherheit zu gewähren.⁴⁷

Nachhaltige Familienpolitik, verstanden als Querschnittspolitik mit wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen, die das Zusammenleben in Familien ermöglicht und unterstützt, muss ihren Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und damit zur sozialen Sicherheit leisten. Die neue Familienpolitik führt zur Erhöhung der Beschäftigungschancen für Frauen, zur Unterstützung der finanziellen Unabhängigkeit beider Partner und zur Schaffung von Anreizen zur Familientätigkeit für Väter. Diese Maßnah-

men werden zu mehr Gleichberechtigung beitragen können. Langfristiges Ziel sollte jedoch sein, neue Lebensverlaufsmuster zu wagen. Es gilt Abschied zu nehmen vom männlichen Ernährermodell, an das sich Frauen, die erwerbstätig sein wollen, weiter anzupassen haben. Zur Sicherung der Zukunft der Familien brauchen wir ein Familienbild, nach dem beide Partner mit gleicher Notwendigkeit beruflich aktiv sind bzw. sein können. Bislang steht die Familien- und Sozialpolitik in Deutschland noch im Verdacht, die Reproduktion traditioneller Geschlechterrollen zu forcieren. Die ›Vätermonate‹ des neu eingeführten Elterngeldes sind eine erste Maßnahme, mit der ein neuer Weg versucht wird.⁴⁸

Die Familienpolitik setzt sich auch für verbesserte Zeitoptionen ein. Mit Maßnahmen wie der Flexibilisierung der Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungszeiten, mit familienfreundlicheren Arbeitszeitmustern, einer Entzerrung der *rush hour* des Lebens u.ä. schafft sie die Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbswelt.

Angestrebt wird, Eltern größere Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen zu ermöglichen. Sie soll zunächst durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer erreicht werden. Die Vereinbarkeit dieser beiden Sphären mit divergierenden Regeln und Gesetzmäßigkeiten hat jedoch ihre Grenzen. Nicht alle Familien- und Haushaltstätigkeiten lassen sich delegieren, nicht alle kleinen Kinder lassen sich rund um die Uhr außerhalb der Familie betreuen und nicht jeder noch so familienfreundliche Arbeitgeber wird jede seiner Mitarbeiterinnen oder jeden seiner Mitarbeiter bei Bedarf für Familienaufgaben freistellen. Aus diesen Gründen und aufgrund individueller Lebensvorstellungen wird es Mütter und möglicherweise zukünftig noch mehr Väter geben, die sich zeitweise oder dauerhaft für Familientätigkeit statt Erwerbsarbeit entscheiden. Eine Spaltung insbesondere der Frauen in Hausfrauen-Mütter und erwerbstätige Mütter muss unbedingt vermieden werden.⁴⁹

Obleich es wünschenswert im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit sein mag, dass Männer und Frauen die gleiche Erfahrungsintensität auch außerhalb der Familie erhalten, muss derzeit besonders das Lebensmodell der Hausfrauen-Mutter in Schutz genommen werden. Die Wahlfreiheit zu erhöhen und dabei vorrangig das Wohl des Kindes im Blick zu haben, sollte das Ziel von Familienpolitik sein.

Soziale Sicherheit, die heute auch durch zukunftsfähige Familienpolitik erreicht werden soll, fordert gerechte Teilhabechancen der Geschlechter, Generationen und verschiedenen Gruppen der Gesellschaft. Sie fordert dazu heraus, Kinder bestmöglich zu unterstützen – ergänzend zur Familie, ggf. auch die Familie ersetzend – und gezielt sowie transparent Eltern und Kindern zu fördern, wo sie füreinander eintreten. Jegliche Polarisierung

und Förderung einzelner Teilgruppen der Gesellschaft zum Nachteil anderer steht sozialer Gerechtigkeit entgegen. Die Konzentration der Familienpolitik auf Familien in etablierten Lebensverhältnissen zu Lasten von Maßnahmen für Familien in prekären Lebenslagen würde den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft zu sprengen drohen.⁵⁰

Soziale Sicherheit ist für die Bindung des Einzelnen an sein Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatssystem ebenso wichtig, wie für seine Einstellung zum Leben und zu seiner Arbeit und für seine Zukunftsplanung. Schafft es die Familienpolitik, verstärkt zur sozialen Sicherheit in Zeiten vielfältig belasteter Lebensverhältnisse beizutragen, so werden hoffentlich langfristig auch viel häufiger Menschen ihre Lebensfreude und persönliche Zufriedenheit aus der Familie mit Kindern schöpfen wollen. Die Grundhaltung unserer kinderentwöhnten Gesellschaft könnte sich so langfristig ändern lassen.

-
- 1 Vgl. U. E. Simonis: Öko-Lexikon. München 2003, S. 137 f.
 - 2 Vgl. M. Ristau: Der ökonomische Charme der Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 23-24 / 2005, S. 17.
 - 3 BMFSFJ (Hg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Bundestagsdrucksache 16/1360. Berlin 2006, S. 260.
 - 4 Robert Bosch Stiftung (Hg.): Starke Familie. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«. Stuttgart 2005, S. 34-58.
 - 5 Vgl. M. Ristau (Anm. 2), S. 18
 - 6 S. Gruescu / B. Rürup: Nachhaltige Familienpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 23-24/2005, S. 5.
 - 7 Vgl. H. Bertram, W. Rösler, N. Ehlert: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 23-24/2005, S. 7 f.
 - 8 R. Kreibich: Perspektiven für ein nachhaltiges Regierungsprogramm in Deutschland. Hg. v. Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. Arbeitsbericht Nr. 21/2006, S. 7 f.
 - 9 M. Wingen: Familienpolitische Denkanstöße. Band 1. Grafschaft 2001.
 - 10 M. Wingen: Die Bedeutung der Familie angesichts der demografischen Entwicklung. Vortrag im Rahmen des Verbandstags des Deutschen Familienbundes am 10. Mai 2002 in Berlin.
 - 11 M. Wingen: Der Beitrag der Familien zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. Vortrag im Rahmen der Reihe »Erfurter Dialog« am 6. Mai 2003 in Erfurt.
 - 12 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (DJI) (Hg.): Kommentierter Datenreport von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. München 2005, S. 10.
 - 13 U. von der Leyen: Antrittsrede vom 1. Dezember 2005.
 - 14 Vgl. M. Wingen: Träger der Familienpolitik. Das Online-Familienhandbuch. www.familienhandbuch.de (Stand 20. März 2007).
 - 15 F. Bertsch: Eine Familienpolitik für junge Leute. In: Nachrichten-Dienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 6/2004, S. 214.
 - 16 Vgl. BMFSFJ (Hg.): Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts. Berlin 2005.
 - 17 Vgl. 14. Shell-Jugendstudie: Jugend 2002 – Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002, sowie 15. Shell-Jugendstudie: Jugend 2006 – Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt am Main 2006; ferner Institut für Demoskopie Allensbach: FamilienAnalyse (www.ifd-allensbach.de/main.php3?selection=73&rubrik=) und H. W. Opaschowski: Der Generationenpakt. Darmstadt 2004.
 - 18 BMFSFJ (Hg.): Einnahmeeffekte beim Ausbau von Kindertagesbetreuung. Ergebnisse der Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Berlin 2005, sowie BMFSFJ (Hg.): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Berlin 2005.

- 19 Vgl. M. Ristau (Anm. 2), S. 20.
- 20 L. Mohn / R. Schmidt (Hg.): Familie bringt Gewinn. Gütersloh 2004.
- 21 BMFSFJ: www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=98020.html (Stand: 20. März 2007).
- 22 BMFSFJ: www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=73962.html (Stand: 20. März 2007).
- 23 BMFSFJ: www.mehrgenerationenhaeuser.de (Stand 20. März 2007).
- 24 BMFSFJ / DIHK Service GmbH: Das Unternehmensnetzwerk »Erfolgsfaktor Familie«. Informationsbörse. Plattform für den Erfahrungsaustausch. Lotse im Bereich Familie und Beruf. Berlin 2007.
- 25 Vgl. Bundesgesetzblatt 2004, Teil I, Nr. 76.
- 26 Europäischer Rat (Barcelona), 15. und 16. März 2002. Zitiert in C. K. Spieß, K. Wrohlich: Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 23-24/2005, S. 30.
- 27 Vgl. C. K. Spieß, F. Büchel: Müttererwerbstätigkeit und Kindertageseinrichtungen – neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 71 (2002), S. 96-114.
- 28 Vgl. BMFSFJ (Hg.): Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik. Ausgabe 4-8, Jg. 2006. Monitor: Mütter und Beruf: Realität und Perspektiven.
- 29 P. Döge: Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem. In: Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (Hg.): Rote Revue 1 / 2006, S. 25.
- 30 Bundesregierung (Hg.): Nationaler Bildungsbericht. Berlin 2006, S. 33.
- 31 Vgl. BMFSFJ (Hg.): Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Ganztagschule. Eine Chance für Familien. Wiesbaden 2006.
- 32 BMFSFJ (Hg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit (Anm. 3), S. 2 f.
- 33 Ebd., S. 8.
- 34 Ebd., S. 245.
- 35 BMFSFJ (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin 2005.
- 36 Vgl. F. Bertsch: Der Imperativ der Lebenslagen der Familie (Anm. 15), S. 92-97.
- 37 Vgl. dazu die Initiative des Forschungsverbunds Armut und Armutsprävention in der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft von 2006.
- 38 F. Bertsch: Familienbildung – eine erfolgversprechende Strategie der kommunalen Ebene. In: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V., Bonn 2003, S. 1-4.
- 39 U. Meier: Grundlegende Komponenten einer zukunftsfähigen Familienpolitik. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Heft 4/2003, S. 180.
- 40 BMFSFJ (Hg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit (Anm. 3), S. 262.
- 41 Justus-Liebig-Universität Gießen (Hg.): H. Preuße, U. Meier, E. M. Sunnus: Die Vielfalt von Alltagsproblemen in prekären Lebenslagen – Möglichkeiten ihrer Bewältigung und Prävention. Gießen 2003.
- 42 Vgl.: Arm ist nicht gleich arm. Ein Gespräch mit der Familienforscherin Uta Meier-Gräwe. In: Die ZEIT, Nr. 9 vom 22. Februar 2007, S. 5.
- 43 F. Bertsch (Anm. 36), S. 92 f.
- 44 R. von Schweitzer: Einführung in die Wirtschaftslehre des privaten Haushalts. Stuttgart 1991, S. 134 ff.
- 45 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) (Hg.): Kompetent im Alltag! Memorandum für eine haushaltsbezogene Bildung: frühzeitig aufbauend, lebenslang. Bonn 2001.
- 46 U. Meier (Anm. 39), S. 181.
- 47 B. Schäfers: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Stuttgart 1998, S. 209 ff.
- 48 Vgl. dazu C. Schmitt: Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 7 / 2007, S. 3-8.
- 49 Vgl. dazu auch M. Spieker: Mehr Kinder oder mehr Erwerbstätige. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 7/2007, S. 8-14.
- 50 F. Bertsch (Anm. 36), S. 93.